

## Erdle verlangt in der WELT verlässliche Rahmenbedingungen für die Industrie

Emmanuel Macron will offenbar einen hohen Mindestpreis für Kohlendioxid-Emissionen durchsetzen. Das würde seinem Land gegenüber Deutschland einen enormen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

26.06.2017

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron schlägt derzeit für ganz Europa neue Regeln im Klimaschutz vor. Dabei bringt er den CO<sub>2</sub>-Mindestpreises wieder ins Gespräch. Der Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid solle Industriebetriebe und Betreiber von Kraftwerken in Europa künftig mindestens 30 Euro kosten. Das wäre das Sechsfache des Preises, der aktuell im europäischen Emissionshandel gilt.

Interessant dabei: Die Kosten würden in Frankreich selbst kaum Wirkung entfalten, jedoch für die deutsche Industrie zu massiven Kostensteigerungen führen. Denn Frankreichs Energieversorgung basiert zu fast 90 Prozent auf CO<sub>2</sub>-freien Atomkraft- und Wasserkraftwerken. Eine sechsfach höhere Abgabe auf CO<sub>2</sub>-Emissionen würde die Strompreise in den meisten EU-Ländern daher steigen lassen, nur nicht in Frankreich selbst. Macrons Klimaschutzvorschlag würde der Wirtschaft seines Landes einen enormen Wettbewerbsvorteil verschaffen. In Deutschland hingegen könnten die Strompreise dadurch um rund 40 Prozent steigen.

Daher verlangt Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle, verlässliche Rahmenbedingungen für die Industrie. Sie beklagt, dass die Politik immer wieder Eingriffe in den Emissionshandel fordere. Dies höhlt aber nur die Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit der betroffenen Unternehmen aus.

Den kompletten Artikel aus der Welt können Sie [hier](#) lesen.